



# Europa Newsletter

**Sabine Verheyen**  
Ihre CDU-Europaabgeordnete

**Oktober II 2020**

## Aus dem Plenum

### Die Zukunft der Bildung in Europa vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie

COVID-19 zeigte uns große Lücken bei der Digitalisierung des Bildungswesens in der EU auf. In einigen Mitgliedstaaten hatten sogar 32% der Schüler mehrere Monate lang keinen Zugang zur Bildung. Und selbst dort, wo die Lernenden Zugang zu digitaler Bildung hatten, waren sie oft auf sich allein gestellt, noch immer häufig ohne dafür ausgebildete Lehrer, ohne das soziale Miteinander ihrer Mitschüler und manchmal ohne familiäre Unterstützung.

Diese Woche stand das Thema „Zukunft der Bildung in Europa“ daher auf der Agenda des EU-Parlaments. Im Plenum haben wir eine entsprechende Entschließung verabschiedet, die ich als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung vorbereitet und im Namen des Ausschusses eingereicht hatte. Die Entschließung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum gemeinsamen Europäischen Bildungsraum, der auch die digitale Bildung stärker ins Auge fassen muss. Heute hat die Corona-Krise zu einer Art Ad-hoc-Digitalisierung geführt. In diesen Krisenzeiten zeigt sich, welche Länder bereits in digital verfügbare Lehrmaterialien, Lehrerausbildung und digitale Kompetenz investiert haben. Diese Länder profitieren davon, dass sie nun weniger neue Vorbereitungs- und Anpassungszeit benötigen, um den Unterricht normal weiterführen zu können. Die Krise erinnert uns daran, wo in Europa wir dringend nachrüsten müssen. Hier müssen wir schnell handeln. Wir müssen offener werden und voneinander lernen.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Die gesamte Entschließung können Sie zudem hier finden:  
[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0282\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0282_EN.pdf).

### EU muss Maßstäbe bei Regeln für Online-Plattformen setzen

Wenn wir in Europa mit den USA und China mithalten wollen, muss der digitale Binnenmarkt endlich vollendet werden. Umso wichtiger wird es daher sein, dass der Digital Services Act (DAS), den die EU-Kommission noch in diesem Jahr vorschlagen wird, die europäischen Regeln für digitale Dienstleistungen verbessert und modernisiert. Ziel ist es, mit den neuen Regelungen die Online-Wirtschaft in Europa voranzubringen sowie neue Dienstleistungen und Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch globale Maßstäbe zu setzen.

Im EU-Parlament haben wir diese Woche unsere Vision für zukunftsorientierte Regeln für digitale Dienste wie Online-Plattformen und -Marktplätze sowie unsere Vorstellungen von einem verbindlichen Mechanismus zur Eindämmung illegaler Inhalte verabschiedet.

Für uns als EVP-Fraktion steht fest: Die neuen Vorschriften müssen die Transparenz und Produktsicherheit auf Online-Marktplätzen erhöhen und dazu beitragen, die Verbreitung illegaler Online-Inhalte zu stoppen.

[Erfahren Sie hier mehr über das Thema.](#)

## **Künstliche Intelligenz: Auf dem Weg zu EU-weiten Regelungen**

Das Europäische Parlament hat diese Woche Empfehlungen dazu vorgelegt, wie EU-weite Regeln für Künstliche Intelligenz (KI) aussehen sollten. Als EVP-Fraktion werden wir darauf bestehen, dass diese Empfehlungen der EU den Weg zu einer weltweit führenden Rolle bei der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz ebnen. Wir glauben, dass eine vertrauenswürdige KI ein Markenzeichen der EU sein muss, dabei müssen wir die höchsten Transparenzstandards für KI-Systeme gewährleisten. Die Formeln und Algorithmen, die hinter KI-Systemen stehen, dürfen nicht parteiisch sein. Soziale Netzwerke wie Facebook, die unsere Demokratien herausfordern, müssen ihre Algorithmen transparent machen. Wir brauchen insgesamt einen Ansatz, der gleichzeitig Rechtssicherheit für Gesellschaft und Unternehmen herstellt sowie Raum für digitale Innovationen lässt. Dazu gehört auch, dass künftig Betreiber risikoreicher KI-Systeme für den Schaden, den ihre Anwendungen verursachen, haften sollen. Zu risikoreichen Anwendungen von KI gehören beispielsweise selbstfahrende Autos.

[Erfahren Sie hier mehr über Künstliche Intelligenz.](#)

## **Zukunft der europäischen Agrarpolitik 2021-2027**

Die Woche in Brüssel stand ganz im Zeichen der Landwirtschaft. Das Europaparlament sowie die EU-Staaten haben jeweils ihre Position zur Zukunft der gemeinsamen EU-Agrarpolitik bis 2027 festgelegt. In Kürze werden somit sogenannte „Trilogverhandlungen“ zwischen Europaparlament, EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommission beginnen.

Im Europaparlament hatten sich zuvor die Fraktionen von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen auf einen weitreichenden Kompromiss verständigt, der mit großer Mehrheit angenommen wurde und große Fortschritte in Sachen Ökologie, Flexibilität und Umweltschutz bedeutet. 30 Prozent der Direktzahlungen an die Landwirte sollen für grünere Maßnahmen, sogenannte „Eco-Schemes“ reserviert sein. Damit wird ein großer Teil der Flächenprämie nicht mehr nur an die bisher bestehenden Umwelt- und Tierschutzaufgaben gekoppelt, sondern nur dann ausgezahlt, wenn die Landwirte sich bereit erklären, zusätzliche Anstrengungen für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu leisten. Das heißt übersetzt, Landwirte, die viel für den Umweltschutz tun, bekommen in Zukunft mehr Geld, Landwirte, die über die gesetzlichen und bisher geltenden Auflagen nicht hinaus gehen wollen, müssen sich auf deutliche Kürzungen einstellen.

[Erfahren Sie hier mehr über die Zukunft der europäischen Agrarpolitik.](#)

## **Rückschau Europäischer Rat: Brexit**

Am Mittwoch hat das Europaparlament erneut zum aktuellen Stand der Brexit-Verhandlungen debattiert. Für alle Beteiligten in der EU ist klar: Unsere Tür für die Briten ist offen, aber nicht um jeden Preis. Abgeordnete machten im Plenum deutlich, dass ein Vertrag die zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich auf eine gute gemeinsame Basis stellt. Solche Verhandlungen erfordern aber Bewegung von beiden Seiten, und bislang lässt die britische Regierung zu wenig Bereitschaft erkennen, an einem Verhandlungserfolg überhaupt interessiert zu sein.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

## **Verkündung des Sacharow-Preisträgers**

Die belarussische Opposition, vertreten durch den Koordinierungsrat, wird mit dem diesjährigen Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet. CDU/CSU und EVP hatten die mutigen Bürger, die seit Wochen friedlich für freie und faire Wahlen in Belarus sowie für den Rücktritt Lukaschenkos demonstrieren, gemeinsam mit anderen Fraktionen für den Preis vorgeschlagen. Die diesjährige Nominierung zeigt, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten wie das Recht auf freie Wahlen global zunehmend in Bedrängnis geraten. Mit dem Preis möchten wir als EU-Parlament deutlich machen, dass wir an der Seite der mutigen Bürger in Belarus stehen und die belarussische Opposition unterstützen. Die Verleihung des Sacharow-Preises soll am 16. Dezember während einer Zeremonie im Plenarsaal des Europäischen Parlaments stattfinden.

[Erfahren Sie hier mehr über den Sacharow-Preis.](#)

**Sabine Verheyen**, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)